

handels. Auch hier soll der Silberstreifen darin bestehen, daß die frühere Passivität unserer Handelsbilanz jetzt im Februar bereits einer Aktivität von 200 Millionen gewichen ist. Nun wissen wir alle, daß unter wirtschaftliches Schicksal in den nächsten Jahren von der Erzielung eines möglichst großen Ausfuhrüberschusses abhängt. Nur so vermögen wir ja unseren Tribut- und Bausverpflichtungen nachzukommen. Allein bei einem näheren Vergleich mit den Zahlen des Vorjahrs ergibt sich, daß die Aktivität unseres Außenhandels eine trügerische ist. Sie beruht nicht etwa auf einer Steigerung des Wertes unserer Ausfuhr, sondern allein auf einem starken Rückgang der Rohstoffeinfuhr. Da wir ein rohstoffarmes Land sind, ist das ein deutliches Zeichen für das Damalsverliegen aller Wirtschaftszwecke, die auf diese Rohstoffe angewiesen sind. Sobald unsere Wirtschaft wieder in Gang kommt, wird die Rohstoffeinfuhr wieder anwachsen und die Aktivität unserer Handelsbilanz wieder dahin. Zahlen beweisen, nicht der Fall. Die Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel und Fertigfabrikate ist leider nahezu stabil geblieben. Abgenommen hat also allein die Einfuhr der Roh- und Halbfabrikate für unsere Herstellungswirtschaft. Wenn sich die Ausfuhr irgendwann behauptet, so ist auch das nicht als ein unbedingter Erfolg zu werten. Denn sie beruht in erster Linie auf einer erzwungenen Räumung der Lager der Industrie, dictiert von dem Bestreben, eingefrorene Betriebskapitalen in Anbetracht der hohen Zinsen auch unter Verlusten wieder flüssig zu machen. Unsere gegenwärtige aktive Handelsbilanz ist kein Zeichen des Aufstiegs. Sie ist eher ein Anwachsen unter Verlust von Wirtschaftsstabilität, politischer Dr. Lenninismus genannt hat.

Selbstverständlich liegt es uns fern, schwärz zu malen. Aber wir halten es für unsere Pflicht, vor einer falschen Auslegung gewisser Symptome unserer Wirtschaftsentwicklung zu warnen. Den entscheidenden Antrieb kann unsere Wirtschaft nur bekommen durch eine gute Sparpolitik, die insbesondere bei der Ausgabenseite der Staat der besseren Wirtschaftssubstanz einzulegen hat. Reichsfinanzminister Molkenhauer hat ja auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei die Wichtigkeit der Ausgaben- und der Steuerentlastung anerkannt. Es ist jedoch der Ansicht, und wir stimmen ihm darin gewiß zu, die Sanierung und der Preisfall sei die vordringlichste Aufgabe. Trotzdem darf nicht vergessen werden, daß sich die Lage unserer Wirtschaft in den letzten Monaten durch Entwicklung über die endlose Verlängerung der Steuerentlastung und darüber hinaus durch neue Belastungen der Produktion zu einer schweren Vertrauenskrise ausgebildet hat. Hier gilt es alle Kräfte einzulegen. Eine energetische Sparpolitik des Reiches kann viel zur Hebung des gesunkenen Mutes beitragen. Die Sozialdemokratie wird es sich insbesondere überlegen müssen, daß in unserer gegenwärtigen Lage nur eine pfeilreiche Behandlung der Wirtschaft das Vertrauen des Auslandes uns erhält. Gerade die Linke hat zur Sicherstellung der Erneuerbarkeit auf die Notwendigkeit des Zuflusses ausländischer Kapitals hingewiesen. Es ist sicher richtig, daß wir auf abhängbare Welt auf ausländische Kapitalhilfe angewiesen sind. Wie nötig es aber auf diesem Zweck ist, unsere Wirtschaft pfleglich zu behandeln, lebt ein schlagendes Beispiel aus jüngerer Zeit. Die Stadt Chemnitz stand direkt vor der Aufnahme einer Amerikaanleihe im Betrage von 1 Milliarde Dollar. Als jedoch die Liquidation der Hartmannwerke offenbar wurde, schieden die Verhandlungen in letzter Minute. Was müssen wir daraus lernen? Doch das eine, daß nur eine gesunde Wirtschaft die Voraussetzung für die Gewährung ausländischer Kredite auch an öffentliche Körperschaften gibt. Helfen wir also unserer Wirtschaft durch eine energetische Sparpolitik, dann schaffen wir Vertrauen nach innen und außen, dann kommt der Tag, an dem der so oft gesichtete Silberstreifen sich nicht mehr als Trugbild erweist.

Sur Tarif erhöhung der Reichsbahn

Berlin, 24. März. Der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat heute getagt, ohne bisher über das Ergebnis seiner Verhandlungen eine Mitteilung zu verbreiten. Es ist möglich, daß sich die Verhandlungen bis zum Mittwoch hinziehen werden. Der Verwaltungsrat durfte sich dahin einigen, daß zunächst eine Tarif erhöhung bei den Gütertarifen vorgenommen wird. Wie es heißt, will sich das Reichsverkehrsministerium jedoch gegen eine solche Tarif erhöhung aussprechen, weil es eine Steigerung der Eisenbahntarife im gegenwärtigen Zeitpunkt für nicht tragbar erachtet. Man weiß auch darauf hin, daß das Ministerium mit einer solchen Stellungnahme sich auch in Übereinstimmung mit den breiten Kreisen der Wirtschaft befinden würde, die in einer Besteuerung des Güterverkehrs eine neue Belastung sehen müßten. Es hat also den Antheil, ob die Tarif erhöhungswünsche der Reichsbahn nicht durchdringen werden.

Schaffung eines Benzimonopols?

Berlin, 24. März. Auf Grund von Pressemeldungen hat die deutschationale Reichstagsfraktion folgende Anfrage eingebracht: Die Presse berichtet über Verhandlungen, die die Reichsregierung mit ausländischen Erdölkonzernen über Schaffung eines neuen Konzerns gegen Gewährung eines Darlehns von 1 Milliarde Mark ausliefernden Benzimonopols führt. Die außerordentlichen Gefahren, die aus Verhandlungen dieser Art für den inländischen Verbraucher, besonders auf dem Gebiete des Automobilverkehrs, und für den inländischen Handel entstehen würden, sowie ferner in Rücksicht auf die unserer Ausfahrt nach wenigen würdige Rolle, die das Reich bei Verhandlungen solcher Art spielen würde, fragen wir die Reichsregierung: Entwickeln die Presserichter den Wahrscheinlichkeit der Wahrheit?

Albert Thomas in Berlin

Berlin, 24. März. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts Albert Thomas, der sich zur Zeit in Berlin aufhält und am Sonnabend, dem 29. März, auf Einladung des Komitees für internationale Ausprägung im Reichstag einen Vortrag über das Thema „Zehn Jahre internationalen Lebens“ halten wird, ist heute vom Reichsarbeitsminister Bissell im Beisein des Staatssekretärs Dr. Geiß empfangen worden.

Dr. Külsz Vorstandsmitglied des Deutschen Städteages

Berlin, 24. März. (Eig. Drahtmeldung.) Der frühere Dresdner Bürgermeister und Reichsinnenminister a. D. Dr. Külsz ist zum Mitglied des Vorstandes des Deutschen Städteages gewählt worden. Diese Wahl ist deshalb bemerkenswert, weil der Städtetag besaßlich jetzt das Problem einer Reichsstadtordnung aufgerollt hat und Dr. Külsz der Verfasser zweier deutscher Städteordnungen ist.

Für die Leipziger Messe. Von den Reichstagabgeordneten Schneider, Berlin, und Dr. Külsz ist im Reichstag ein Antrag auf Biedereinsetzung der vom Haushaltsausschuss genehmigten 400.000 Mark zur Auslandspropaganda für die Leipziger Messe eingegangen.

Das Agrarcompromiß vor dem Reichstag

Der Ernährungsminister verteidigt sein Programm

Berlin, 24. März. In der Montagssitzung des Reichstags wurde ohne Debatte in zweiter und dritter Beratung die Novelle zur Hypothekenbankgesetz angenommen. Durch die Vorlage werden einige in der Diskussionszeit aufgeworfene Bestimmungen wieder bereinigt.

Es folgt die zweite Beratung der Vorlage, wonach das Reichslandwirtschaftsamt am 31. März 1930 aufgelöst wird, und seine Ausgaben auf die Reichsverwaltung für Reichsausgaben übergehen. Nach kurzen Ausführungen wird die Vorlage gegen Deutschnationale, Kommunisten und Nationalsozialisten in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Der Gesetzentwurf über die weitere Hinauschiebung der Bindung der Länder und Gemeinden an die Reichseinheitswerte geht an den Steuerausschuß.

Die Einprägung der Abgeordneten Dreher (Nat.-Soz.) und Dr. Goebels (Nat.-Soz.) gegen ihre Ausweitung aus der Sitzung vom 12. März werden gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten zurückgewiesen.

Es folgt die erste Beratung der Anträge auf

Erhöhung von Agrarzöllen.

Abg. Hörmann (Komm.) bezeichnet die Anträge als den Verlust einer neuen unerhörten Belastung des arbeitenden Volkes. Die Sozialdemokratie habe sich an die Spitze der Bollwucherer gestellt.

Abg. Schiele (D.-N.)

begrundet Anträge, die in ihren Bollzügen wesentlich über die Anträge der Regierungsparteien hinausgehen. Gleichlautende Anträge sind auch von der Christlich-Nationalen und von der Deutschen Bauernpartei gestellt worden.

Die Kompromisstanträge der Regierungsparteien bezeichnet Abg. Schiele als ganz unsäglich. Der Landwirtschaftsminister habe sicherlich den besten Willen, aber

die Regierungskoalition berücksichtige nicht die himmelschreiende Not der deutschen Landwirtschaft.

Der deutsche Landwirt, der in eine Parklastung hineingekämpft ist, wird geradezu zur Auswanderung gezwungen, weil ihm sein Produkt nicht bezahlt wird. Im Zusammenhang damit droht eine schwere Erholung der Realitäts. Aus den überseelischen Ländern werden

10 Millionen Tonnen überschüssigen Weizens nach Deutschland gedrängt.

Dagegen kann die deutsche Landwirtschaft nicht geschützt werden mit halben Maßnahmen wie den vorliegenden Kompromißanträgen.

Wenn die Bollmaßnahmen so gehandhabt werden, daß für Roggen und Weizen die Preise von 230 Mark und 260 Mark erreicht werden, dann machen wir mit. Nur ganze Maßnahmen können helfen. Im Laufe erwarten man jetzt die Erfüllung der Forderungen, die Reichspräsident v. Hindenburg in seinem Briefe für die Landwirtschaft aufgestellt hat. Wenn diese Hoffnung sich nicht erfüllt, dann

wird alle Personenheit der Führer nicht verhindern können, daß die Schwarzen Fahnen rauschen und ein neuer Bauerkrieg ausbricht gegen den eigenen Staat.

Ein Recht der Verbraucherschaft auf die Weltmarktpreise kann nicht anerkannt werden von einer verantwortungsbewußten Staatspolitik, die den sozialen Ausgleich schaffen soll.

Reichsernährungsminister Dr. Dietrich:

Ich hatte kaum damit gerechnet, daß die Anträge der Regierungsparteien auf der rechten Seite rechts in allen Einzelheiten Anerkennung finden würden. Das Roggenproblem steht ja auch systematisch im Vordergrunde, aber es kann nicht allein ausschlaggebend sein. Die Statistik ergibt, daß der Einfuhrüberschüß bei Viehprodukten doppelt so groß ist, als bei Körnerfrüchten. Wir müssen von dieser Einsicht abkommen. Wir dürfen deshalb auch nicht mit einer Dauerbewilligung die Einwände berichten, die es für gefährlich halten, wenn ihnen die Futtermittel verfehrt werden.

Das Roggenproblem ist entscheidend nicht für die ganze deutsche Landwirtschaft, wohl aber für den deutschen Osten.

Die bisherigen Stützungsaktionen für den Roggenpreis haben deshalb keinen Erfolg gehabt, weil der Roggenüber-

schuß weit über die Zahlen hinausging, die uns zuerst genannt worden waren.

Beim Getreide haben wir erreicht, daß das Absinken der Preise auf dem Weltmarkt stehen. Das achtmal härter war als in Deutschland. (Abg. Hörmann (Komm.): Das geben Sie an, das ist doch Jamais!) — Staatspräsident Eher erreicht beim Getreide einen Ordnungsruf. Beim Roggen kann ich noch so hoher Zoll nicht eine Preissteigerung über das jetzige Niveau bewirken. Wir wollen nur erreichen, daß der Preis nicht noch weiter absinkt. Mit Bönen haben wir eine Vereinbarung gegen Unterbietung abgeschlossen, mit Russland war das leider noch nicht möglich. Gegen die Gefahr eines Weizen-Dumpings können wir uns nur durch geleitete Zölle schützen, die der Preisentwicklung angepasst werden.

Bei der Werst können wir den Zeitpunkt für die Infrastrukturierung unserer Maßnahmen nicht angeben, weil sonst wieder die Vorverlagerung eintreten würde.

Das Mais-Problem liegt recht kompliziert. Ich bin kein Freund von Staatsmonopolen, und große Wirtschaftskreise sind der Zwangswirtschaft abgeneigt, im vorliegenden Falle müssen solche Bedenken aber zurückgestellt werden, weil das Gesamtwohl eine Regelung im Sinne des Maismonopols erfordert. Das Verhältnis der Weizenzölle zu den Getreidezöllen scheint in dem Antrag der Regierungsparteien richtig gelunden zu sein.

Bei den Schweinen liegt die größte Gefahr nicht in der ausländischen Konkurrenz, sondern in der Entwicklung der inneren Produktion. Die Auslandskonkurrenz bedeutet aber eine große Gefahr für unsere Fleisch- und Geflügelproduktion. In der Erhöhung der Weizenpreise sehe ich keine Gefahr. Wären wir ein Volk von Idealisten, so würden wir vom Weizenbrot zum Roggenbrot übergehen. Wir müssen dem Roggenproblem dadurch zu Leibe gehen, daß wir den Verbraucher ausländischer Futtermittel möglichen, ein gewisses Quantum inländischer Futtermittel mit zu verbrauchen.

Wir wollen dahin kommen, daß wir die Futtermittelzölle nicht nur herabsetzen, sondern schließlich ganz aufheben können, ohne Schädigung der gesamten Landwirtschaft. Dazu soll die Kombination von Roggen-, Gersten- und Weizenwirtschaft dienen.

Alle agrarwirtschaftlichen Fragen bedürfen einer schnellen Erledigung. Ich wäre sehr dankbar, wenn der Reichstag so viel Vertrauen zu uns hätte, daß er uns eine gewisse Bewegungsfreiheit gibt. Beim Vermehrungszwang hat es wegen ungünstiger Kontrolle vielleicht Entwicklungen geben, aber beim Weizen und beim Zucker haben sich unsere bisherigen Maßnahmen zweifellos bewährt. Ich hoffe, daß die von den Regierungsparteien vorgeschlagenen Maßnahmen schnell durchgeführt werden, vor allem auch im Interesse des deutschen Ostens.

Angenommen werden dann auch mit den Stimmen der Regierungsparteien, der Wirtschaftspartei und eines Teiles der Rechten die Bolländerungen bei Werst, Mais, Kartoffeln, Mehl und Aletr sowie Bader. Mit großer Mehrheit wird auch dem Maismonopol zugestimmt.

Schließlich wird ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, wonach bei vor dem 5. März 1930 im Ausland geschlossenen Lieferungsverträgen über verzollten Kaffee und Tee der Verkäufer berechtigt ist, von dem Käufer Ertrag des Zollunterschieds für die nach dem Infrastritt der Zoll erhöhung gelieferte Ware zu beanspruchen.

Damit war die zweite Lesung des Agrarprogramms beendet. Das Haus verläßt sich auf Dienstag nachmittag 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die dritte Lesung des Agrarprogramms und der Nachtragsetat für 1929.

Neue Bollanträge

Berlin, 24. März. Die deutschationale Reichstagsfraktion sowie die Christlich-Nationalen und die Deutschen Bauern haben im Reichstag gleichlautende Anträge eingebbracht, die Bollzüge auf den verschiedensten Gebieten und andere Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft behandeln. Der Bezahlungszwang von Roggen zum Weizen soll eingehoben werden und bis zu 30 Prozent betragen. Die Roggenausmahlungsquote soll bis auf 80 Prozent beschränkt werden. Die Reichsregierung soll weiter ermächtigt werden, den Zoll für Schweine und Schweinefleisch so festzusetzen, daß ein Jahresdurchschnittspreis von 75 Mark für den Anteil Schweinelebendgewicht sichergestellt wird. Die Mätschälle für Eier und Schmalz sollen aufgehoben werden. Ferner wird verlangt die Wiederinkraftsetzung des § 12 des Reichsbebauungsgesetzes. Aufhebung des zollfreien Geflügelkontingents und Einbegrenzung von Kindern und Kindfleisch in das Einfuhrcheinssystem.

Die Beschlüsse des Reichsrats

mittel habe Severing das Staatsrecht des Reichsrates und Reichstages verliehen.

Das Verhalten Severings siele eine schwere Gefährdung der Reichsinteressen dar, weil es in Thüringen größte Erbitterung hervorruft und weil die anderen Gliedstaaten sich von der gleichen Behandlung bedroht fühlen. Die Reichsregierung soll erklären, ob sie bereit sei, den dem Freistaat Thüringen angefügten Schaden den unverhältnismäßig wieder gutzumachen, ob sie gewillt sei, auch den Reichsmüller Severing zur Achtung der Gesetze und der Reichsverfassung anzuhalten.

Die interfraktionellen Verhandlungen

Berlin, 24. März. (Eig. Drahtmeldung.) Neben die Finanzfragen, die am Mittwoch im Steuerausschuß des Reichstages bei Beratung des von der Regierung vorgelegten Finanzprogramms verhandelt werden sollen, haben heute mit einzelnen Regierungsparteien miteinander unverbündliche Verhandlungen geführt. Eine offizielle interfraktionelle Verhandlung mit der Regierung hat heute nicht stattgefunden, sie wird erst Dienstag erfolgen, am Vormittag unter den Finanzabgeordneten der Parteien, am Nachmittag unter den Parteiführern selbst. Man urteilt in den Kreisen der Regierungsparteien ziemlich zuversichtlich über den Ausgang dieser Verhandlungen.

Zur Bildung einer Mittelpartei

Berlin, 24. März. Der Novell des Führers der Deutschen Volkspartei, Scholz, auf dem Mannheimer Parteitag zur Bildung einer breiten bürgerlichen Front wird unterrichtet durch die Mitteilung, daß in Mannheim in Kreisen der Deutschen Volkspartei erklärt worden sei, entsprechende Zubringungen seien schon so weit gediehen, daß das Ziel der erwünschten Arbeitsgemeinschaft oder gar einer stärkeren, größeren bürgerlichen Parteifusion durchaus erreicht erscheine. Dabei wird nur allem an ein enges Zusammensetzen zwischen Deutscher Volkspartei, Demokraten und Christlich-Nationalen gedacht. Die demokratischen Kreise werden darauf hingewiesen, daß es sich gerade bei der jetzigen Notwendigkeit, eine Agrar- und Finanzprogramm mit möglichster Schnelligkeit zu verabschieden, zeigen könnte, ob eine wirkliche Zusammenarbeit der bürgerlichen Mittelparteien zu erzielen sei. Führer einer solchen gemeinschaftlichen Front werde am besten eine Persönlichkeit sein, die bisher in der großen Politik noch nicht so stark festgelegt ist.

Interpellation gegen Severing

Berlin, 24. März. Im Reichstag hat die deutschationale Fraktion eine Interpellation eingebracht, in der ausgeschlossen wird, daß Reichsinnenminister Severing in seinem Kampf gegen die thüringische Regierung sich einer schweren Überreaktion der ihm antreibenden Bevölkerung verschuldet habe. Dieser Spurte der dem Freistaat Thüringen zustehenden Staats-